

REZENSIONEN

Robert Leckey (Hg.)

After legal equality. Family, Sex, Kinship

FLEUR WEIBEL

Der Sammelband „After legal equality“ präsentiert eine internationale und interdisziplinäre Auseinandersetzung mit der Verfasstheit von intimen Verwandtschafts- und Fürsorgeverhältnissen nach deren rechtlicher Gleichstellung. Die titelgebende Zustandsbeschreibung „After legal equality“ umreißt einen juristischen Forschungsgegenstand sowie eine forschungsprogrammatische Agenda, die politische Entscheidungsträger und zivilgesellschaftliche Organisationen über die Auswirkungen von Rechtsreformen „under the banner of equality“ (1) informieren will. Was das Projekt auszeichnet, sind nicht unmittelbar anwendbare Antworten, sondern kritische Lesarten ausgehend von empirischen Fragen: Wer profitiert von den Auswirkungen von Gleichstellungsreformen innerhalb einer spezifischen Gruppe, wer nicht? Welche Gruppen werden weiterhin, oder indirekt gar verstärkt, benachteiligt? Und was sind die konkreten, möglicherweise auch ungewollt negativen Effekte für diejenigen, die von einer Rechtsreform profitieren sollten? Wie diese Fragen zeigen, bedeutet eine rechtliche Gleichstellung für die Autor_innen von „After legal equality“ nicht, „that a troublesome file is now closed“ (1). Vielmehr müssen solche Reformen auf ihre Effekte hin befragt werden, da „a process of legal recognition (...) will exclude some forms of practice and misinterpret others“ (5). Der von *Robert Leckey* angesprochene Mechanismus von rechtlicher Anerkennung und gleichzeitiger Exklusion wird in den Beiträgen des Sammelbands vielfältig illustriert. Thematisch ist der Band in drei Teile gegliedert, die den Gegenstand ‚Familie‘ aus verschiedenen Perspektiven beleuchten. Der gemeinsame Ausgangspunkt ist die Beobachtung von Tendenzen „to enlarge the circle of family or kinship“ (13), während zugleich bestimmte Familienformen, insbesondere wenn es um das Wohl von Kindern geht, als ‚besser‘ oder ‚verantwortlicher‘ stilisiert werden, was Leckey als „reaffirming the sexual family“ (14) bezeichnet.

Im ersten Teil des Sammelbands wird die anhaltende Dominanz von „sexual relationships“ (25) für die rechtliche Bestimmung dessen, was Familie ausmacht, mit der zentralen Bedeutung von Fürsorge kontrastiert. Überzeugend plädiert *Jonathan Herring* dafür, das englische Ehe- und Familienrecht entlang von Fürsorgebeziehungen anstelle von sexuellen Beziehungen auszurichten, denn „what might make a relationship worthy of promotion by the state is care and mutual support, rather than

sex“ (29). Elternschaft würde dann nicht mehr als biologisch gegebenes Recht verstanden, sondern als eine Verantwortung, die von mehreren Personen, unabhängig von Geschlecht und Verwandtschaftsstatus, wahrgenommen werden könnte. Dieser Gedanke von einem erweiterten, Fürsorge leistenden „network of alternative relation“ (90) jenseits der Grenzen von Privatheit und Öffentlichkeit wird von *Janet R. Jakobsen* mit der Bezeichnung „caring queerly“ (77) aufgegriffen und dessen soziale Notwendigkeit anhand einer persönlichen Erfahrung eindrücklich illustriert. Im zweiten Teil des Bandes werden nach der Reichweite und angemessenen Rolle des Staates gefragt und auf ambivalente Effekte hingewiesen, die mit der staatlichen Anerkennung von intimen Beziehungen einhergehen. So führt die kanadische Behandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren als Ehegatten im Steuersystem dazu, dass Paare mit traditioneller Arbeitsteilung und gutverdienende (schwule) Paare von der Besteuerung profitieren, während (lesbische) Paare mit kleinem Einkommen benachteiligt werden. Angesichts dieser ungleichen Auswirkungen des Ehegattensplittings argumentiert *Claire F.L. Young* dafür, dass „the integrity of the individual as the unit of taxation in Canada should be restored“ (135). Denn durch die gemeinsame Besteuerung von Paaren wird nicht nur die heteronormative Familie begünstigt und „the responsibility for the economic security of citizens“ (140) weiter privatisiert. Darüber hinaus werden auch Gewinner_innen und Verlierer_innen entlang der Differenzen von Klasse und Geschlecht produziert, weil Frauen tendenziell weniger Vermögen besitzen als Männer (vgl. 137). Auch *Helen Reece* veranschaulicht die Ambivalenzen staatlicher Regulierung in ihrer Diskussion des im Internet beworbenen Anliegens einer besorgten britischen Regierung, dass sich nicht verheiratete Lebenspartner_innen mittels vertraglicher Vereinbarungen rechtlich absichern sollten. Mit Rückgriff auf psychologische Konzepte weist Reece auf die Kosten hin, welche sich durch eine solche Praxis des „contracting intimacy“ (120) für die Paare ergeben und eröffnet damit eine alternative Lesart von privaten und gesellschaftlichen Sicherheitsbestrebungen.

Um Liebe, Sexualität und Gewalt geht es im letzten Teil. Darin beschäftigt sich *Rosie Harding* mit dem auch nach legaler Gleichstellung fortbestehenden „law of straightness“ (184). Dieses ‚heterosexuelle Recht‘ expliziert sie an einer englischen Parlamentsdebatte, wo mit dem Begriff der Liebe für und mit dem Begriff der Fortpflanzung gegen die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe argumentiert wird. Pointiert zeigt Harding, wie die gegensätzlichen Argumentationslinien beide einer heteronormativen Logik verpflichtet sind (vgl. 192), wodurch potentielle Differenzen gleichgeschlechtlicher Familienpraktiken unsichtbar werden. Dieser Ausschluss von Differenz findet sich auch in dem Beispiel von *Daniel Monk*. Hier kommen zwei verheiratete Männer nicht mehr als Pflegeeltern in Frage, als sie bekunden, keine monogame Beziehung zu führen, was die Frage aufwirft, ob sie „too gay to foster“ (201) seien. Monks Analyse führt zu der zentralen Erkenntnis, dass der Kinderwunsch von Lesben und Schwulen weder als eindeutig progressiv, noch als eindeutig reaktionär verstanden werden kann und die Gegenüberstellung von ‚gay‘

versus ‚queer‘ angesichts von „empirical complexities and messiness“ (213) zu kurz greift. Dasselbe gilt auch für „binary categories of gender“ (9), wie *Catherine Donovan* am Beispiel von häuslicher Gewalt in gleichgeschlechtlichen Beziehungen zeigt. Sie macht deutlich, dass die Vorstellung von häuslicher Gewalt als einem heterosexuellen Problem (vgl. 173) der komplexen Realität von Missbrauchsformen in intimen Beziehungen keineswegs gerecht wird.

„After legal equality“ gibt einen facettenreichen Einblick in die ambivalenten Auswirkungen von Gleichstellungsreformen. Scharfsinnig hinterfragt wird die dominierende Annahme, „that rightbased actions will bring an Eden of equality to marginalized communities“ (162), wie *Roderick A. Ferguson* zugespitzt formuliert. Die einzelnen Beiträge fokussieren methodologisch „the intimate, the archival and the micro“ (8), eröffnen durch ihre ausgeprägte gegenseitige Bezugnahme aber auch eine Vorstellung allgemeinerer Prozesse, alleine schon deshalb, weil mit England, Kanada und den USA verschiedene Rechtskontexte miteinander im Gespräch sind. Charakteristisch für alle Beiträge ist das Herausfordern heteronormativer Selbstverständlichkeiten und binären Denkens durch das Aufzeigen von komplexen Realitäten und sich widersprechenden Tendenzen. Die Lektüre des Buches bietet – auch für Nicht-Jurist_innen – wesentliche Erkenntnisse und ist für alle, die sich für kritische Lesarten gegenwärtiger Gleichstellungspolitik im Bereich von Verwandtschaft und Sexualität interessieren, sehr zu empfehlen.

Robert Leckey (Hg.), 2015: *After legal equality: family, sex, kinship*. Abingdon/Oxon, New York: Routledge. 224 S., ISBN 978-0-415-72161-5.

Marty Huber

Queering Gay Pride. Zwischen Assimilation und Widerstand

KATHARINA WIEDLACK

In „Queering Gay Pride“ geht *Marty Huber* den Bedeutungen, Ambivalenzen und Problematiken der Gay-Pride-Paraden in Amsterdam, Wien, Budapest und Belgrad nach. Im Mittelpunkt stehen deren performative Praxen und sowie die „hegemonialen Verstrickungen von emanzipatorischer Bewegtheit und (trans-)nationalen Machtstrukturen“ (11). Eine zentrale Fragestellung ist, welchen Stellenwert Gay-Pride-Paraden bei rassialisierten, kulturalistischen, sexistischen Prozessen der gesellschaftlichen Exklusion haben bzw. unter welchen Bedingungen und wie Gay-Pride-Paraden Widerstand gegen solche diskursiven Herstellungen leisten. Sie

interessiert, „(w)ie sehr (Gay-Pride) Inszenierungen für eine Destabilisierung von homo- und transphoben Grenzlinien nutzbar sind und wie es möglich ist, diese Linien aufzuspreizen (...)“ (13). Die Beispiele für widerständige wie für homonormative Praxen identifiziert Huber einerseits innerhalb der Geschichte, andererseits empirisch, durch Teilnahme und Beobachtung.

Huber nähert sich performativen verkörperten Praxen über theoretische Konzepte wie Performativität, Ideologie- und Repräsentationskritik. Kritisch beleuchtet sie Zusammensetzung und Agenden zeitgenössischer Paraden und deren Terminologien wie etwa den Begriff „queer“. Vielerorts dominieren Single-Issue Politiken, die sich bequem in neoliberale Ökonomie einfügen lassen. Huber identifiziert die Forderung nach Akzeptanz von nicht-normativer Sexualität als historisch wie zeitgenössisch zentral innerhalb der Gay-Pride-Paraden. Eine solche Forderung sowie deren Erfüllung durch gesellschaftliche Inklusion greifen allerdings das binäre Zweigeschlechtersystem und Heteronormativität nicht automatisch an. Die zeitgenössischen Gay-Pride-Paraden, mit denen sich Huber beschäftigt, sind der Verwaltung und der Polizei gemeldet und dadurch unter die Kontrolle des Staats- oder Polizeiapparats gestellt. Dies dient einerseits dem eigenen Schutz vor homophoben Übergriffen. Andererseits limitiert es die Bewegungsfreiheit der Paradenteilnehmer_innen und überlässt dem Staat oder der Polizei die Entscheidung darüber, wie, wo oder unter welchen Bedingungen die Parade stattfinden „darf“. So gesehen interpretiert Huber Gay-Pride-Paraden mit Foucault als Selbstunterwerfungen.

Besonders anschaulich ist ihre Kritik an der Anrufung nationaler Identität als Referenzpunkt für die Forderung nach Anerkennung und Gleichstellung durch viele individuelle Paradenteilnehmer_innen und Vertreter_innen von Institutionen und NGOs. Eine solche Anrufung läuft Gefahr, national(istisch)e Werte zu verfestigen und zu reproduzieren und führt in erster Linie zu einer Stärkung national(istisch)er Diskurse. Dennoch sieht Huber auch weiterhin ein Potential für eine Verbindung antirassistischer, antisexistischer und homo- sowie transphiler Politiken und Widerstand gegen neoliberale Marktlogiken, Gouvernamentalität und Nationalismen. Am Wiener Beispiel zeigt sie, dass minoritäre Diskurse durchaus sichtbarer Teil von Gay-Pride-Paraden sind. Sie beschreibt einige anti-rassistische Aktionen einzelner Teilnehmer_innen, etwa Schilder, die die teilnehmenden Gay-Cops (eine Gruppe schwuler und lesbischer Polizisten) auf ihre Teilnahme an Abschiebungen hinweist. Ein weiteres Beispiel ist die Intervention in Normalisierungsprozesse durch den Slogan „Wenn normal sein heißt, sexistisch, rassistisch und xenophob zu sein, bleiben wir lieber pervers“ (212) auf der Regenbogenparade 2010. Anhand der Paraden in Budapest und Belgrad argumentiert Huber, dass Gay-Pride-Paraden auch dann eine wichtige Funktion erfüllen können, wenn sie nahezu unter völliger Abschottung von der allgemeinen Öffentlichkeit stattfinden. Für LGBTIQ!-Aktivist_innen kann die gemeinsame Aktivität ein wichtiges Moment der gegenseitigen Unterstützung und des Zusammenhaltes sein. Diese Beispiele machen Hubers Text zu einer interessanten Lektüre für Akademiker_innen ebenso wie für Aktivist_innen.

Besonders interessant ist ihre Auseinandersetzung mit den Gefühlen über sowie den Gefühlen innerhalb der Gay-Pride-Paraden. Huber geht es nicht nur darum, die Emotionen, welche innerhalb der Gay-Pride-Paraden und in Reaktion auf selbige zirkulieren sowie deren Effekte zu identifizieren. Außerdem ist ihr wichtig, die Emotionen oder Affekte – etwa Pride/Stolz – zu diskutieren. Gay-Pride steht schon lange im Zentrum der Kritik. Es wird darauf hingewiesen, dass die öffentliche Performance von Gay-Pride weiße, männliche Subjekte privilegiert und übersieht, dass viele rassialisierte und pathologisierte Subjekte vielfältige Barrieren überwinden müssen, um den öffentlichen Raum als stolze Schwule, Lesben und Transen nutzen zu können. Aber auch die Intervention in Gefühle des Stolzes durch Gay-Shame führte vielfach zur Fortführung weißer, sexistischer und rassistischer Hegemonien. Neben der intensiven Analyse widmet sie sich der historischen Entstehungsgeschichte von Gay-Pride-Paraden international, deren Anfang und Referenzpunkt sie mit den New Yorker Stonewall Riots 1969 setzt. In einem kurzen historischen Abriss erzählt sie deren Geschichte sowie die rechtlichen und sozialen Kontexte. Huber korrigiert geläufige Vorstellungen und weist auf das „Weißwaschen“ internationaler LGBTIQ-Geschichte hin und betont deren Kontext und Allianzen, etwa mit der Black-Panther-Bewegung.

Sie warnt davor, die heutigen Gay-Pride-Paraden als Endpunkt einer linearen Geschichte und Entwicklung von der Straßenschlacht bis zur von der Polizei eskortierten Parade zu sehen. Bereits in der Einleitung ihrer Analyse weist Huber auf die hegemonialen Verhältnisse entlang der geographischen Nord-Süd- bzw. Ost-West-Achse hin, in denen ihre Gay-Pride-Paraden Beispiele verortet sind. Internationale oder paranationale Einrichtungen wie etwa die UN- oder EU-Menschenrechtskonvention bewerten Paraden gerade in den neuen EU-Staaten oder EU-Beitrittsländern als „Zeichen für demokratische Reife und Erfolg“ (12). Mit Robert Kulpa und Joanna Mizielińska weist sie auf die hegemonialen Setzungen solcher Beurteilungen hin und fragt kritisch nach der Übertragbarkeit und Übersetzung von politischen Diskursen, Methoden und Ansätzen. Die performativen Praxen lokaler, Kontext gebundener und historisch bedingter westlicher Gay-Pride-Paraden und deren Sichtbarkeitsparadigma zur Bewertung anderer Nationen heranzuziehen, vernachlässige oder negiere deren spezifische, lokale Bedingungen. Huber bezieht sich im zweiten Teil ihres Buches auch immer wieder kritisch auf internationale Solidarität und Unterstützung, beispielsweise durch ILGA Europe (Europäischer Teil der International lesbian, gay, bisexual, trans and intersex association, ilga-europe.org), die in ihren Statements Zentral- und Osteuropa als grundsätzlich homophobes und zunehmend christlich-fundamentalistisches Gebiet beschreiben und fordern, dass westliche Unterstützer_innen durch die Verwirklichung von Gay-Pride-Paraden eingreifen sollen. Huber zeigt am Beispiel Belgrads, dass die finanzielle und ideologische Unterstützung von Gay-Pride-Paraden durch westliche ‚Solidarische‘ oftmals über die Bedürfnisse der lokalen Aktivist_innen hinausgeht und sogar wichtige psychische und physische Ressourcen abzieht. So dienen Gay-Pride-Paraden lediglich der Le-

gitimierung staatlicher, polizeilicher Sanktion, oder dem Beweis demokratischer Bemühungen oder Fortschritte für ein internationales (supranationales) Publikum. Anhand der Geschichten der Paraden in Budapest und Belgrad sowie deren Einbettung in die jeweiligen schwullesbischen Aktivismen zeigt Huber, dass die lokalen Entwicklungen nicht gemäß dem linearen westlichen Fortschritts-Modell bewertet werden können. Sie erteilt dem westlichen Glauben, dass erst durch die Öffnung des sogenannten Eisernen Vorhangs schwullesbische Identitäten und Aktivismen mithilfe der westlichen Unterstützung entwickelt werden konnten, eine Absage. Darüber hinaus weist sie darauf hin, dass die rein positive Perspektive auf Sichtbarkeit, die ja den Kern von Gay-Pride-Paraden beinhaltet, für den lokalen Kontext nicht selbstverständlich haltbar oder zutreffend ist. Dennoch will sie die oft unter massiver polizeilicher Abschottung verwirklichten Paraden nicht als misslungen werten. Vielmehr hinterfragt sie die Bedingungen des ‚Gelingens‘ einer Parade, das nicht in möglichst großer öffentlicher Aufmerksamkeit liegen muss, sondern auch im positiven und affektiven Bezugnehmen zwischen den Paraden-Teilnehmer_innen liegt. Huber zeigt anschaulich, wie durch performative Praxen öffentliche Raumnahme geschieht und macht deutlich, dass Gay-Pride-Paraden nicht nur repräsentieren, sondern ein wichtiger Ort öffentlicher Verhandlung zwischen LGBTIQ-Communities und Akteurinnen, Staatsapparaten sowie deren Umwelt sind.

Anmerkung

1 LGBTIQ steht für Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Intersex and Questioning.

Marty Huber, 2013: *Queering Gay Pride: Zwischen Assimilation und Widerstand*. Wien. Zaglossus. 279 S., ISBN 978-3-902902-06-1

Angelika Baier, Christa Binswanger, Jana Häberlein, Yv. Eveline Nay, Andrea Zimmermann

Affekt und Geschlecht. Eine einführende Anthologie

URSULA DEGENER

Die angloamerikanischen Affect Studies verbinden seit den 1990er Jahren feministische und queere Debatten mit Rassisierungskritik, Disability Studies und postkolonialer Theoriebildung sowie Kapitalismuskritik. Sie beleuchten, wie individuell und privat scheinende Gefühle politisch bedingt, aber auch politisch wirksam sein können. Die materiell-körperliche Dimension ist dabei ebenso präsent wie die tech-

nologische Vermitteltheit, die wissenschaftliche Erkenntnis und Messbarkeit von Emotionen mit sich bringt. Affect Theories und daran anschließende Forschungen befruchten Analysen zu Narrativen des Politischen und können zum Verständnis der Motive politischer Mobilisierung oder Demobilisierung beitragen. In der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung verspricht die Beschäftigung mit den Affect Theories Impulse für die queere Kritik politischer Glücksversprechen, die beispielsweise eine heteronormative Familienpolitik transportiert. Vor allem aber ist zu hoffen, dass von ihr weiterhin Anregungen für methodische Innovationen im wissenschaftlichen Schreiben ausgehen, die biographische Reflexionen mit historischen, gesellschaftspolitischen und gesellschaftstheoretischen Überlegungen verbinden. Vor diesem Hintergrund ist es sehr zu begrüßen, dass *Angelika Baier*, *Christa Binswanger*, *Jana Häberlein*, *Yv Nay* und *Andrea Zimmermann* für den vorliegenden Band Schlüsseltexte der Affect Studies haben übersetzen lassen. Die Texte werden durch deutschsprachige Autor_innen kommentiert und über eigene wissenschaftliche Analysen in die deutschsprachige queer-feministische und sozial- wie kulturwissenschaftliche Diskussion eingeführt. Für die Übersetzung der Texte konnte das Kollektiv „gender et alia“ gewonnen werden, das den zu ihrer Arbeitsweise und zur herausragenden Qualität der Übersetzung gehörenden Diskussionsprozess auf vorbildliche Weise mit Kommentaren sichtbar macht.

Die Herausgeberinnen schließen sich dem Affektbegriff *Eve Kosofsky Sedgwick*s und *Adam Franks* an, der die Trennung kognitiver und körperlich-materieller Aspekte ausdrücklich ablehnt. Mit Sara Ahmed fassen sie Affekte als soziale und kulturelle Praktiken auf, die das Verhältnis zwischen Selbst und Anderen erst konstituieren: „(Es ist) die Bewegung der Emotionen (...), welche die Unterscheidung zwischen innen und außen oder Individuum und Sozialem überhaupt erst bewirkt“ (189). Auch zunächst „unbelebte“ Materie, die im Laufe diskursiver Prozesse „belebt“ wird, zeigt sich als affektiv handlungsfähig, wie das toxische Blei in einem Spielzeug belegt, das als chinesisches Produkt in einer US-amerikanischen Kampagne rassistische Gefühle mobilisiert (220).

Der erste Teil der Aufsatzsammlung („Affektive Politiken – Politiken der Affekte“) beginnt mit *Ann Cvetkovich*s Schlüsseltext „Depression ist etwas Alltägliches“, der das Phänomen nicht klinisch, sondern in seiner gesellschaftspolitischen Gewordenheit thematisiert. Rassismus und Kolonialismus lösen Traumata aus, so ihre These, deren Ursachen weder durch Anerkennungspolitik kompensiert noch als individuelles Problem abgetan werden dürften. Das komplexe Zusammenwirken individuellen Erlebens und transindividueller Diskurse sowie eine historisch sensible politische Haltung seien für ihre Analyse essentiell. Depressionen bleiben dabei „negative Gefühle“, allerdings mit Potenzial zur politischen Mobilisierung, wenn sie als individuell verschiedene, aber kollektiv verbundene Erfahrungen mit ihren politischen Ursachen sichtbar werden. *Lauren Berlant* beschäftigt sich im zweiten Schlüsseltext mit dem Glücksversprechen in der amerikanischen Verfassung. Der Anspruch, allen Bürger_innen gleiche Freiheiten zu gewähren, bewirke eine „natio-

nale Sentimentalität“ (89) in der Konfrontation mit der trotzdem allgegenwärtigen Exklusion. Schmerz über Marginalisierung werde zum Einsatz im identitätspolitischen Wettstreit und über Empathie und Solidarität immer wieder neu bestätigt. So legitimiert aber, laut Berlant, der Widerstand letztlich die normative Ordnung, für welche die Ausschlüsse konstitutiv sind.

Brigitte Bargetz differenziert in einer analytischen Unterscheidung Gefühle als Instrument und Motor des Politischen, *Politik der Gefühle*, von einem emotionalen politischen Handlungs- und Erkenntnismodus, den sie *Politik fühlen* nennt (119). Mit Cvetkovich sieht sie im *Fühlen* der Depression ein Potenzial zur Artikulation affektiver Strukturen von Macht- und Ausbeutungsverhältnissen. Die *Politik der Gefühle* wird in Form der „nationalen Sentimentalität“ von Berlant vor allem als Legitimierungsinstanz von Differenzen und Ausschlüssen beschrieben, ist aber für Bargetz auch als Motor von emanzipatorischer Politik vorstellbar. Yv Nay betrachtet in ihrem Beitrag ein ambivalentes Beispiel einer *Politik der Gefühle*, über die positive Identifikationen mit Regenbogenfamilien hergestellt werden, die im Ergebnis doch wieder verändern. Im letzten Beitrag des Artikel-Clusters erläutert Anja Michaelson, wie ein Dokumentarfilm über transnationale Adoption Politik der Gefühle darstellt, ohne selbst in den „identitätspolitischen Wettbewerb des Leidens marginalisierter Subjekte“ (175) einzustimmen: Aus der Distanz wird deutlich, wie die Zuschreibung rassisierter Melancholie in ein Rettungsnarrativ mündet, das als nationales Projekt das Leiden Anderer überwinden helfen soll.

„Affektive Grenzen und Durchlässigkeiten“, das zweite Cluster, thematisiert vor allem das „Tun der Affekte“. Sara Ahmed argumentiert, dass Affekte in transindividuellen Begegnungen Grenzen und damit Subjektivitäten erst herstellen (191). Das gelte auch für imaginierte kollektive Körper wie Nationen und Koalitionen. Von großer Bedeutung sei dabei die Ausrichtung auf Objekte des Gefühls, zum Beispiel in Form von Mitgefühl oder Hassobjekten. Andrea Maihofer möchte diese Veränderungsdynamik um die der Selbstaffirmation ergänzt sehen; ihr fehlt die Verbindung mit gouvernementalitätstheoretischen Analysen. Die Dynamik von Veränderung und Selbstaffirmation betrachtet auch Andrea Zimmermann in ihrer Analyse über die sich umkehrenden Selbstverhältnisse eines heterosexuellen Paares in einem Theaterstück. Ein Aufbrechen dieser Dichotomie und damit auch der Geschlechterhierarchien erscheint nur möglich in der gegenseitigen Anerkennung von Verletzungen und Verletzbarkeiten. In Mel Chens viel zitiertem Artikel „Giftige Belebtheiten, ungiftige Affektionen“ liegt der Schwerpunkt auf Entgrenzung: Körper seien prinzipiell durchlässig und in ständigem Austausch begriffen. Aber die Sehnsucht nach einem unversehrten (kollektiven) Körper, deren Kehrseite Angst vor der Bedrohung desselben ist, sei politisch nutzbar für vielfältige Politiken des Ausschlusses.

Im dritten Teil des Buches, „Lektüren von Affekten – Affektive Lektüren“, bezeichnet Elspeth Probyn's Schlüsseltext selbstreflexives und den Kontakt zur Leser_innenschaft suchendes „schamhaftes Schreiben“ als „Gabe“, die der Versuchung ab-

strahierender Objektivierung widersteht, ohne subjektive Erfahrung zu privilegieren (349f.). Der zweite klassische Text von Sedgwick führt den Begriff des „paranoid reading“ ein. Er unterstellt der Aufdeckung von Unterdrückungsmechanismen eine Reifizierung der damit verbundenen Ängste. Die Praxis des „reparativen Lesens“ hingegen bleibe offen für Überraschungen. Sie mache „das Fehlermachen sexy, kreativ und für Erkenntnis wirkmächtig“ (390). Die folgenden Beiträge nehmen die Begrifflichkeit unterschiedlich auf. Kritik an Sedgwicks Unterscheidung äußert *Marie Louise Angerer* u.a. aus gouvernementalitätskritischer Sicht: Paranoia sei notwendig in einer Zeit, in der Neurowissenschaften, Technologien und manipulative Politik in einer disziplinarischen Kontrollgesellschaft „Affektifizierung als Machtstrategie“ etablieren (413f.). *Angelika Baier* zeigt an einem Roman über Demenz, wie die reparative Lesart eine unvermittelte Begegnung mit dem veränderten Vater ermöglicht, während die paranoide Lesart den Verlust des gewohnten Gegenübers wissenschaftlich zu erklären und zu antizipieren vermag – beide Lesarten erscheinen für die Bewältigung notwendig.

Dem Buch ist eine breite Wirkung sehr zu wünschen, vor allem in den Bereichen der Partizipations- und Bewegungsforschung, in diskursanalytischen Ansätzen und in der von feministischer Geschlechterforschung seit langem geforderten Reflexion über wissenschaftliches Schreiben.

Angelika Baier, Christa Binswanger, Jana Häberlein, Yv Eveline Nay, Andrea Zimmermann, 2014 (Hrsg.): Affekt und Geschlecht. Eine einführende Anthologie. Wien: Zaglossus. 482 S., ISBN 978-3-428-902902-10-8.

Gundi Dick

Eine Hand allein kann nicht klatschen. Westsahara – mit Frauen im Gespräch

GERDA NEYER

Seit Jahrzehnten kämpfen die Sahrauis für ihre Freiheit und für ihre Selbstbestimmung. Ihr Kampf ist ein von der Weltöffentlichkeit weitgehend „vergessener Konflikt“. Die Menschenrechtsverletzungen in den von Marokko besetzten Gebieten und die Situation in den Flüchtlingslagern werden international kaum beachtet. Noch weniger Beachtung finden die sahraischen Frauen. Im deutschsprachigen Raum gibt es nur wenige Publikationen zu ihrer Situation; fast gänzlich fehlen umfassende Studien zu ihrer Rolle in der Widerstandsbewegung, im Aufbau und in der

Organisation der Flüchtlingslager, zum Kampf der Frauen um politische und eigene Selbstbestimmung, zu ihrer gesellschaftlichen Stellung und ihrer Alltagssituation. Das Buch von *Gundi Dick* ist ein beeindruckender Beitrag gegen dieses Vergessen. Es ist zugleich ein wichtiger Beitrag zum Verständnis globaler Feminismen und zu feministischer Forschung.

Was ist die Rolle der sahrauischen Frauen im Kampf um Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Freiheit und Autonomie? Was bedeuten diese Begriffe für sie? Was bestimmt die Handlungsmacht der sahrauischen Frauen und ihren Aktivismus? Was macht ihre Stärke aus? Dies sind die zentralen Fragestellungen, denen Dick in diesem Buch auf der Basis von Interviews mit sahrauischen Frauen (und einem Mann) nachgeht.

Der erste Teil bietet einen hervorragenden, kompakten Überblick über die Geschichte des Westsahara-Konflikts, über die Rolle westlicher Staaten in der Verschleppung der Autonomiezusagen, über Alltag und Politik in den besetzten Gebieten und den Flüchtlingslagern, über die Bedeutung und den Einfluss von Frauen im politischen Widerstand und im Aufbau der Flüchtlingslager. Sahrauische Frauen genossen traditionell einen guten sozialen und rechtlichen Status innerhalb ihrer Gesellschaft. Gundi Dick sieht dies als eine zentrale Quelle der Stärke der Frauen an und auch als einen wesentlichen Grund, weshalb den Frauen im Kampf um Unabhängigkeit von Anfang an eine große Bedeutung zukam.

Im Hauptteil des Buches beleuchtet Dick auf der Basis von Interviews die Erfahrungen von Frauen im politischen Konflikt, ihre Rolle im Aufbau und in der Organisation der Flüchtlingslager, ihr Verständnis von politischer und feministischer Selbstverwirklichung, von Gleichberechtigung, von Unterdrückung und Widerstand. Geschichten erzählen gehört zur Tradition der Sahauris, so Dick, und ganz in diesem Sinne lässt sie vor allem die Frauen selbst zu Wort kommen. Sie vermittelt dadurch ein eindrucksvolles Bild der Lebenssituation und Kraft dieser Frauen. Behutsam präsentiert sie die Aussagen der Frauen, lotet die Grenzen und Widersprüche aus zwischen den politischen und frauenspezifischen Anliegen. Dabei geht es Dick nicht darum, Grenzen und Widersprüche (weg) zu erklären, sondern sie erkenntnisleitend zu nutzen für ein tieferes Verständnis des Handelns der Frauen, ihrer Vorstellung von Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit.

Auf hervorragende Weise gelingt es Dick mit diesem Ansatz, die Vorstellungen der Frauen von Autonomie und Geschlechterbeziehungen darzulegen. Unvoreingenommen lässt sie sich auf die „Logik der anderen“ ein, auf deren Sichtweise, dass dem Kampf um politische Unabhängigkeit und Freiheit Vorrang einzuräumen ist vor dem Ringen um Geschlechtergleichheit. Sie betrachtet diese Einstellungen stets aus dem Blickwinkel westlicher feministischer Vorstellungen von Unabhängigkeit, nach denen politische Autonomie und Freiheit ohne gleichzeitige Geschlechtergleichheit nicht möglich sind. Sie hält die Widersprüche zwischen den politischen und feministischen Positionen der Frauen, zwischen ihren und den westlich-feministischen Auffassungen von Politik, Freiheit und Geschlechterautonomie offen und zwingt so

die LeserIn, sowohl die sahrauischen als auch die westlich-feministischen Sichtweisen auf Selbstverwirklichung, Autonomie, Freiheit und Geschlechtergerechtigkeit stets neu zu überdenken. Das Buch ist dadurch auch ein herausragendes Beispiel feministischer Forschung. Dick betont die Notwendigkeit, Konzepte und Begriffe in Schweben zu halten, sich nicht vorab auf Definitionen festzulegen. Westliche feministische Konzepte, so zeigt Dicks Vorgangsweise auf beeindruckende Weise, können nicht als Interpretationsmaßstab für die Vorstellungen von Selbstbestimmung von Frauen anderer Gesellschaften dienen ebenso wenig wie sie im Lichte derer Vorstellungen zu verwerfen sind.

Dick ist ein bedeutendes und beeindruckendes Buch zur Westsahara, zu sahrauischen Frauen, zu den vielen Formen feministischen Selbstverständnisses und Handelns, und zu Ansätzen und Methoden feministischer Forschung gelungen. Das Buch ist wunderbar geschrieben. Es wurde zu Recht 2013 mit dem Herta-Pammer-Preis ausgezeichnet. Es ist sowohl politisch und feministisch Interessierten als auch Lehrenden und Studierenden der Politikwissenschaft, Soziologie, Geschlechterforschung und feministischen Forschung zu empfehlen.

Gundi Dick, 2014: Eine Hand allein kann nicht klatschen. Westsahara - mit Frauen im Gespräch. Wien: Löcker, 174 S., ISBN 978-3-85409-722-8.

Christine Klapeer

Perverse Bürgerinnen. Staatsbürgerschaft und lesbische Existenz

GUNDULA LUDWIG

Zeitdiagnostische Ausgangsüberlegung der Studie „Perverse Bürgerinnen. Staatsbürgerschaft und lesbische Existenz“ von *Christine Klapeer* ist die gesellschaftliche und politische Inklusion von Lesben und Schwulen in westeuropäischen Länder in den letzten Jahrzehnten. Diese Veränderungen – wie die Einführung von eheähnlichen Rechtsinstitutionen auch für lesbische und schwule Paare oder das zunehmende Bekenntnis durch Politiker_innen, Toleranz gegenüber Lesben und Schwulen sei Ausdruck eines ‚modernen‘ und ‚demokratischen‘ Europas – sind ein breit diskutiertes Thema innerhalb der Queer Theory. Hier werden die Ambivalenzen dieser rezenten sexuellen Politiken problematisiert, die zwar einen Zugewinn an Freiheit für manche gleichgeschlechtlichen Lebensweisen mit sich brachten, zugleich aber diese Toleranz und diese ‚Freiheiten‘ auch dazu genutzt werden, um

westliche Nationalstaaten als besonders fortschrittlich und modern zu präsentieren, um auf diese Weise neokoloniale und rassistierende Grenzziehungen sowohl gegenüber nicht-westlichen Nationen als auch gegenüber vermeintlich weniger ‚offenen‘ Migrant_innen zu ziehen. Bislang wurden diese neuen Konfigurationen sexueller Politiken allerdings kaum unter der Frage verhandelt, was sie für die Theoretisierung von Staatsbürgerschaft und deren mögliche Wandelbarkeit oder aber deren intrinsische androzentrische, heteronormative, rassistierte, klassisierte Begrenzung bedeuten. Diese Leerstelle füllt nun Klappeer mit ihrer profunden queer-feministischen politiktheoretischen Auseinandersetzung mit der Institution Staatsbürgerschaft. Mit einer systematischen Verbindung von queeren, lesbischen und feministischen Ansätzen gelingt es ihr, ein Verständnis von Heteronormativität auszuarbeiten, das in sich immer schon vergeschlechtlicht ist. Dies ist in vielen queeren Arbeiten zwar als Anspruch benannt, wird aber oft nicht ausgeführt. Dazu entwickelt sie im ersten Teil eine „lesben-affirmative Perspektive“ und begreift Heteronormativität nicht nur als „an der Kategorie der ‚Sexualität‘ orientiert“, sondern als Machtformation, in der „in spezifischer Weise Geschlecht, Sexualität, ‚Rasse‘, ‚Klasse‘ sowie spezifische Formen von ‚Körperlichkeit‘ miteinander verknüpft“ sind (36). Konsequenterweise interessiert sie, wie lesbische Existenzweisen in deren Verhältnis zum Staat anders positioniert waren/sind als schwule. Dabei setzt sie jedoch lesbische Existenzweisen nicht als essentialistisch voraus, sondern begreift diese als eine „soziokulturelle und/oder politische Positionierung“ (32). Davon ausgehend wird zur erkenntnisleitenden Frage, wie historisch und aktuell „lesbische Existenzweisen zu *abject citizens*, zu ‚verworfenen‘ oder ‚perversen (Nicht-)Bürgerinnen“ (19) wurden und werden oder nur „unter bestimmten (rassialisierenden, normalisierenden) Bedingungen“ (ebd.) eingeschlossen werden können. Um dies beantworten zu können, schlägt Klappeer vor, Staatsbürgerschaft nicht als juridisches Regime zu fassen, sondern als „Konstitutions- und Produktionsinstrument(e) von *politischer Intelligibilität*“ (20): In diesem breiten Verständnis entscheidet Staatsbürgerschaft „nicht nur über die vollwertige politische Mitgliedschaft in einer nationalen/politischen Gemeinschaft und den damit verbundenen Rechten, Ressourcen und Privilegien im engeren Sinn“ (ebd.). Vielmehr fasst Klappeer Staatsbürgerschaft auch als diskursiven Rahmen, der überhaupt „die Form und somit ‚Denkbarkeit‘ (...) politischer Teilnahme, politischer Subjektivität und Handlungsfähigkeit sowie die Gestaltung des politischen Raumes, in dem dies er-/gelebt werden kann“ festlegt (ebd.).

Mit dieser Herangehensweise analysiert sie im zweiten Teil das Konzept Staatsbürgerschaft in seiner neuzeitlichen Genealogie. In ihrer Analyse der Arbeiten von Thomas Hobbes, John Locke, Jean-Jacques Rousseau und Immanuel Kant zeigt sie, wie deren Konstruktion von Staatsbürgerschaft und dem politischen Gemeinwesen eurozentrische, rassistierende, androzentrische und heteronormative Annahmen über Geschlecht, Sexualität, Intimität und Körper zugrunde liegen, die in der politischen Theorie jedoch zumeist durch deren Naturalisierung unsichtbar bleiben. Mit ihrem Verständnis von Staatsbürgerschaft als Anrufungskonzept geht sie davon aus, dass

die „Frauen‘ und ‚Männer‘, welche Hobbes, Locke, Rousseau und Kant im Sinn hatten, (...) nicht schon als ahistorische Entitäten (existierten), sie sollten/mussten im Gegenteil als solche erst hergestellt, benannt und angerufen werden“ (174). Dabei fungierten phallogozentrische Körper-, Geschlechter-, Begehrens- und Sexualitätsvorstellungen als Modus, um weiße Männer erst zu Staatsbürgern und Frauen zu Nicht-Bürgerinnen werden zu lassen und um Familie, Häuslichkeit, Privatheit als vergeschlechtlichtes Pendant des modernen Staates zu konstruieren. Lesben, so arbeitet Klappeier im dritten Teil heraus, wurden als ‚Perverse‘, Geschlechter-Devianten, Nicht-Mütter und Nicht-Ehefrauen zu Nicht-Bürgerinnen, sicherten aber auch „die geschlechtsspezifische, heteronormative Inklusion von Frauen als (Sekundär-) Bürgerinnen und ihrer Pflichten als Mütter, Ehefrauen und Versorgerinnen“ (213). Zugleich stellten sie eine stete Bedrohung für die Konstruktion des ‚normalen‘ weißen weiblichen bzw. männlichen Staatsbürgers/Bürgerin dar. Lesbische Existenzweisen sind so „*strangers within*“ (26), die als verworfenes Anderes den Rahmen von Staatsbürgerschaft und politischer Gemeinschaft maßgeblich mitkonstituieren. Von dieser queer-feministischen ideengeschichtlichen Analyse ausgehend, betrachtet Klappeier im vierten Teil aktuelle sexuelle Politiken, die sich durch eine partielle Integration von bestimmten gleichgeschlechtlichen Lebensweisen auszeichnen, wie sich an der Einführung eheähnlicher Institutionen von gleichgeschlechtlichen Beziehungen sowie der Möglichkeit, bestimmte nicht-heteronormative Familienverhältnisse rechtlich anzuerkennen, zeigen lässt. Was bedeuten diese Veränderungen für das Verhältnis von Staatsbürgerschaft, Geschlecht und Sexualität? Klappeiers Befund fällt ambivalent aus: So zeigt sie, wie aktuelle Staatsbürgerschaftspolitiken, die Lesben nun nicht mehr ausschließen, sondern als Bürgerinnen anerkennen, neue Anrufungsfiguren und Identifikationsanforderungen bereitstellen, die zwar zu einer zunehmenden Inklusion und „Normalisierung“ (239) von Lesben führen, in denen der fundamentale heteronormative, androzentrische, rassistierende und klassisierende Rahmen von Staatsbürgerschaft aber bestehen bleibt. Darüber hinaus führen neoliberale Inklusionspolitiken dazu, dass lesbische Existenzweisen „im Rahmen einer Identifizierung mit dem (heteronormativen) Status einer weiblichen Staatsbürgerin als solche anerkannt werden (können), wenn sie ihre ‚sexuelle Orientierung‘ als sozial und politisch ‚irrelevante‘ bzw. ‚private‘ sexuelle Differenz kennzeichnen“ (245), was eine „Anpassung der Gender-Performance an die jeweiligen (heteronormativen) Gender-Vorgaben“ (ebd.) forciert. Auf diese Weise fungiert auch in neoliberalen ‚toleranten‘ Politiken Staatsbürgerschaft einmal mehr als „machtvolles Gleichheitsnarrativ, mit dessen Hilfe reale soziale Ungleichheiten verdeckt werden sollen“ (249).

Das Buch stellt einen hervorragenden Beitrag zur Weiterentwicklung queer-feministischer politischer Theorie dar, indem es die androzentrischen, heteronormativen, klassistischen und rassistierenden Prämissen einer der zentralsten Institutionen der westlichen modernen Nationalstaaten herausarbeitet. Klappeier führt vor, wie sich hinter dem vorgeblich ‚universalistischen Anspruch‘ von Staatsbürgerschaft kon-

stitutive Ausschlüsse verbergen, die nicht zuletzt durch vergeschlechtlichte Vorstellungen von Sexualität reguliert werden. Zugleich macht Klappeer deutlich, wie gerade durch das Konzept der Staatsbürgerschaft bestimmte Formen politischer Teilhabe und Zugehörigkeit ebenso wie die Definition von politischer Subjektivität, Gemeinschaft und dem Politischen *hervorgebracht werden*, die sich an androzentrisch-heteronormativ-weiß-bürgerlichen Normen und Phantasmen orientieren, die in der Neuzeit ihren Ausgang nahmen und bis in die Gegenwart wirkmächtig sind.

Christine M. Klappeer, 2014: *Perverse Bürgerinnen. Staatsbürgerschaft und lesbische Existenz*. Bielefeld: transcript, 343 S., ISBN 978-3-8376-20000-9.

Gundula Ludwig

Geschlecht, Macht, Staat. Feministische staatstheoretische Interventionen

ANNA STEENBLOCK

Das Verhältnis emanzipatorischer Bewegungen zum Staat ist seit jeher umkämpft. Gundula Ludwig regt mit ihrem Buch, das als Einführung in der Reihe Politik und Geschlecht – kompakt erschienen ist, dazu an, aus feministischer Perspektive nach der Rolle des Staates in dem Verhältnis zu fragen: Wie und warum sind moderne westliche Staaten von Grund auf vergeschlechtlicht? Erst in den 1980ern begannen Wissenschaftler*innen das Verhältnis von Staat und Geschlecht systematisch zu theoretisieren. Lange galt der Staat feministischen Aktivist*innen als „die Anti-Institution“ (Sauer 2004, zit. n. Ludwig 2015, 113) schlechthin. In der Folge wuchs die Überzeugung, dass die Ermöglichung und Legitimierung geschlechtlicher Gewalt-, Ausbeutungs- und Ungleichheitsverhältnisse nur im staatlichen Kontext umfassend begriffen werden können. Das Buch gibt eine materialreiche Übersicht über die vielfältigen theoretischen Zugänge und Konzepte feministischer Staatstheorie, die seitdem entstanden sind.

Das erste Kapitel behandelt die gesellschaftlichen und geschlechtlichen Paradigmen, auf deren Grundlage moderne westliche Staaten entstanden. Das Trennungsparadigma ist eines der zentralsten: Getrennt werden Öffentlichkeit und Privatheit sowie Produktion und Reproduktion. Ihre jeweiligen Grenzen werden durch die Geschlechterdifferenzen bestimmt. Eindrücklich spricht Ludwig von der „Erfindung der Geschlechterdifferenz“ (12ff.; Herv. AS) und unterstreicht den Bruch, den es im Übergang zur modernen, kapitalistischen Gesellschaft in der Geschlechterordnung

gab. Geschlecht ist nicht mehr eine soziale Position, sondern wird eine ontologische, naturgegebene Kategorie, die sich wie ein spaltender Keil durch die Gesellschaft zieht. Ludwig stellt klar heraus, dass die Naturalisierung der Geschlechterdifferenz aufs Engste verknüpft ist mit der Naturalisierung des gesamten Projekts der Moderne als ein androzentrisches, bürgerliches, weißes und heteronormatives Herrschaftsprojekt, in das hierarchisierende Grenzziehungen und gewaltvolle Ausschlüsse fest eingeschrieben sind. Feministische Staatstheorie möchte verstehen, auf welche Weise der moderne westliche Staat auf diesem Mythos gründet und wie er sich mit politischen Regelungen und Strategien (weiterhin) des Mythos' bedient.

Im zweiten Teil stellt Ludwig zentrale Ansätze vor, dieses Verhältnis von Staat und Geschlecht zu theoretisieren. Die gesetzten Schwerpunkte bilden die Entwicklung der Debatte ab. Rückte unter Bezug auf marxistische Theorie zunächst das Verhältnis von Kapitalismus und Patriarchat in den Fokus, wurden mit neomarxistischen Ansätzen (im Anschluss an u.a. Nicos Poulantzas und Antonio Gramsci) stärker die subtileren sowie lokal und historisch ausdifferenzierten Formen staatlicher Geschlechterherrschaft gesellschaftstheoretisch gefasst. Die jüngsten poststrukturalistischen Interventionen in feministische Staatstheorie stellen essenzialistische Vorstellungen von Staat und Geschlecht in Frage und verfeinern das theoretische Instrumentarium um queer-feministische und intersektionale Konzeptualisierungen. Ludwig führt mit der Auswahl „die Kritik an einer historisch-spezifischen Form der geschlechtlichen Subjektkonstitution“ mit einer „Kritik an der historisch-spezifischen Form des Staates“ zusammen und begreift so das Verhältnis von Staat und Subjekt als „ko-konstitutiv“ (48).

Vor dem Hintergrund geht sie im dritten (und umfangreichsten) Teil zentrale Themenfelder feministischer Staatstheorie wie Nationalstaat, Staatsbürgerschaft, Recht u.a. durch. Der Leserin werden nicht nur die divergierenden Positionen um Fragen nach dem emanzipatorischen Potential staatlicher Politiken näher gebracht. Ludwig regt so auch an, den Staat – an Poulantzas angelehnt – als materielle „Verdichtung intersektionaler Geschlechterverhältnisse“ (40) zu denken. Anhand der Betrachtung seiner realen Ausformung wird der Staat als dynamisches und sich wandelndes *Verhältnis* greifbar, in welchem Subjektpositionen mit bestimmten Zuschreibungen als „Effekt staatlicher Führungstechniken“ (Foucault 1987, zit.n. Ludwig 2015, 257) hervorgebracht werden. Diese werden zur Voraussetzung gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse. Besonders hervorzuheben ist Ludwigs Betonung der queer-feministischen und intersektionalen Arbeiten zu den Themen, da diese – mit hoher analytische Komplexität verbunden – auch in kritischen Positionen der Staatstheorie oft unterrepräsentiert bleiben.

Zweifellos überzeugt das Buch als sprachlich zugängliche Einführung in die Bandbreite der Arbeiten zum Verhältnis Staat – Geschlecht für Gesellschaftswissenschaftler*innen. Auch darüber hinaus ist es allen zu empfehlen, die die Historie und Ambivalenz der Vergeschlechtlichung westlicher Staaten verstehen wollen. Die Verfasserin vermeidet die distanzierte Präsentation akademischer Denkschulen. Sie

geht vom politischen Einsatzpunkt von Theorie aus und der Verknüpfung mit den gesellschaftlichen Kämpfen, deren Errungenschaften und Widersprüche zentrales Thema bei Ludwig bleiben. So zieht sie im Fazit aus hegemonietheoretischer Perspektive eine überzeugende, kritische Bilanz der jüngsten Geschlechter- und Sexualitätspolitik als „passive Revolution“ (127). Sie stellt fest, dass die einst subversiven Begriffe und Handlungen in neue Modi der neoliberalen Machtausübung transformiert wurden. Für weitere wissenschaftliche Einführungen dieser Art zeigt Ludwig auf nachahmenswerte Weise, in welcher Form politische Praxis und Theoriebildung verbunden werden können, um „die herrschenden Definitionen des Politischen und des Staates aufzubrechen und der Frage nachzugehen, ob und wie diese radikal anders gedacht werden können“ (129).

Gundula Ludwig, 2015: Geschlecht, Macht, Staat. Feministische staatstheoretische Interventionen. Opladen: Verlag Barbara Budrich, 161 S. (Reihe Politik und Geschlecht – kompakt 2), ISBN 978-3-8474-0152-0.